

## 2 THEMEN DES TAGES

*Liebe Abendzeitung,*



**D**as Bundesverfassungsgericht", ruft ein Gerichtsdienner in blauer Livrée wie früher ein alter Herold, wenn in Karlsruhe die Richter einziehen. Und alle erheben sich in Achtung vor dem Gericht und vor dem, was es vertritt: die Rechtsstaatlichkeit unseres Staates. Es geht um den Vertrag von Lissabon, die neue Kompetenzordnung der EU – eine historische Wegscheide. In mir kreisen wilde Gedanken und Vergleiche – mit Ereignissen vor 138 Jahren, als einige bayerische Parlamentarier die Kaiserproklamation vom 18. Januar 1871 in Versailles verhindern wollten. Sie piffen auf die neue Größe, die den anderen so wichtig war. Aber sie saßen zwischen den Stühlen.

König Ludwig hatte ihr Nein im Herzen, aber er hatte auch Zahnweh. Wie wäre Bayern und seine alte freiheitliche Verfassung zu retten gewesen? Was damals nicht geschehen konnte, geschieht heute: Ein oberstes deutsches Gericht prüft, ob der neue Übervertrag die Rechte und Freiheiten der Bürger ausreichend wahrt. Oder kippt mit diesem Vertrag aller Nutzen der Einigung um in eine Schädigung dessen, was Wert und Besonderheit Europas ausmacht?

Das liegt jetzt in den Waagschalen der Justitia.

*Peter Gauweiler, CSU-Bundestagsabgeordneter, ist einer der Kläger gegen den EU-Vertrag in Karlsruhe. Jeden Montag schreibt er an die Abendzeitung.*